

PRESSEMITTEILUNG

PM 21/35

DEHOGA-Präsident Zöllick: „Es darf keinen Lockdown mehr geben“

DEHOGA-Umfrage: Seit Anfang November wieder dramatische Umsatzeinbrüche im Gastgewerbe

(Berlin, 17. November 2021) „Einen Lockdown für Geimpfte und Genesene im Gastgewerbe darf es nicht mehr geben. Es muss alles dafür getan werden, diesen zu verhindern.“ Diesen klaren und eindringlichen Aufruf richtet der Präsident des DEHOGA-Bundesverbands Guido Zöllick an die morgige Ministerpräsidentenkonferenz. Der DEHOGA drängt zudem auf klare und möglichst bundesweit einheitliche Corona-Regelungen. Gleichzeitig appelliert der DEHOGA an Gastgeber wie Gäste, ihren Beitrag für die Offenhaltung zu leisten. „Die meisten Bundesländer haben 2G für Restaurants und zum Teil auch für Hotels beschlossen beziehungsweise bereits eingeführt. Jetzt geht es darum, dies sorgfältig und konsequent umzusetzen. 2G ist besser als ein Lockdown.“

Der Einführung einer 2G Plus-Regelung erteilt Zöllick indes eine strikte Absage. **„2G Plus ist keine Lösung für Restaurants und Hotels. 2G Plus käme einem Lockdown für die Branche gleich.** Hotels und Restaurants sind nachweislich keine Pandemietreiber. Und die Geimpften haben ihren Beitrag zur Pandemiebekämpfung bereits geleistet. Wir werden die vierte Welle nicht dadurch brechen, dass wir just von ihnen nun für jeden spontanen Restaurantbesuch einen Test verlangen.“ Statt die 57 Millionen vollständig geimpften Menschen in unserem Land in den Fokus der Maßnahmen zu nehmen, müsse vielmehr alles unternommen werden, die Ungeimpften aufzuklären und zur Impfung zu motivieren. Ebenso müssen die Boosterimpfungen schnellstmöglich umgesetzt werden. Auch verweist Zöllick auf die Gefahr, dass mit 2G Plus wieder mehr im Privaten ohne jegliche Hygienekonzepte und Kontrolle gefeiert werde. „Mit 2G Plus ist die Gefahr groß, dass Restaurants und Hotels so geringe Umsätze tätigen, dass sich die Öffnung nicht mehr lohnt. Das wäre dann ein Lockdown durch die Hintertür.“

Umfrage zeigt schon jetzt deutlich angespannte Situation der Betriebe

Die Lage im Gastgewerbe zeigt sich ohnehin wieder deutlich angespannt, auch ohne weitere Verschärfungen. Hotels und Restaurants setzten vom 1. bis 15. November 28,2 Prozent weniger um als im November des Vorkrisenjahres 2019. „Das für die Branche so wichtige Weihnachtsgeschäft droht komplett wegzubrechen, wir erleben erneut eine Absagewelle“, erklärt Zöllick mit Verweis auf das Ergebnis einer aktuellen Verbandsumfrage. „Mit Blick auf steigende Infektionszahlen und die damit einhergehenden strengerer Zugangsregeln nehmen die Verunsicherung und die Existenzsorgen

Ihre Ansprechpartnerin: Stefanie Heckel · Pressesprecherin

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) · Am Weidendamm 1A · 10117 Berlin ·
Fon 030/72 62 52-32 · Fax 030/72 62 52-42 · presse@dehoga.de · www.dehoga.de

der Betriebe wieder zu.“ **Umso wichtiger seien jetzt die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sowie der Überbrückungshilfe III plus bis Ende März.**

Fast 90 Prozent (88,3 Prozent) der befragten Unternehmer berichten von coronabedingten Stornierungen von Weihnachtsfeiern. Fast jede zweite Feier (45,3 Prozent) wurde bereits abgesagt. Auch im Veranstaltungs- und Tagungsbereich hagelt es Absagen. In 85,5 Prozent der Betriebe wurden Events storniert. 46,3 Prozent der Veranstaltungen finden nicht statt. Gleiches gilt für den Beherbergungssektor. 80,6 Prozent der Betriebe beklagen coronabedingte Stornierungen von Übernachtungen von Geschäftsreisenden als auch von Touristen. Besonders viele Absagen registrieren Betriebe in den Bundesländern Sachsen, Bayern und Thüringen. Das liegt auch daran, dass die 2G-Regelung in Sachsen bereits seit 8. November gilt. Von den Gästen als Hauptgrund für den Verzicht auf Übernachtungen und Veranstaltungen genannt, wurde laut 77,9 Prozent der Betriebe die aktuelle Infektionslage. Aber auch die strengeren Zugangsregeln kosten Gäste und damit Umsätze. 46,3 Prozent der Betriebe melden, dass ihre Gäste unter Verweis auf die 2G-Regelung storniert hätten.

An der Blitz-Umfrage des DEHOGA Bundesverbandes zur aktuellen wirtschaftlichen Lage beteiligten sich in der Zeit vom 15. bis 17. November 6.870 gastgewerbliche Betriebe aus ganz Deutschland.■